

# Individuelle Bildung kann kein Ausweg aus kollektiver Armut sein

*Eine Erinnerung*

**Roman Langer**

*Bildung scheint die Schlüsselantwort der Regierenden und der massenmedialen Öffentlichkeit auf alle sozialen Fragen zu sein. Wer gebildet ist, so heißt es, lebt gesünder, wird selten kriminell, arbeitet produktiver, trägt mehr zu wirtschaftlichem Wachstum bei, übernimmt mehr Verantwortung im kommunalen Leben und beteiligt sich stärker an politischen Entscheidungsprozessen. Ist also Bildung auch die herausragende Chance für Arme, sozial aufzusteigen und ihrer – ansonsten als selbstverschuldet geltenden – Armut zu entkommen? Die im vorliegenden Essay versammelten Thesen sollen plausibel machen, dass dem nicht so ist. Allenfalls individuelle soziale Aufstiege sind über institutionalisierte Bildung möglich. Armut als strukturelles, kollektives Phänomen dagegen wird durch institutionelle Bildung nicht entscheidend berührt.*

## Soziale Bewegungen, nicht Bildungssysteme, verändern Armutslagen

Staatliche Bildung hat schon historisch keineswegs die intendierte Funktion – oder auch nur die nicht-intendierte Wirkung –, Armut abzuschaffen. Das lässt sich von den ersten Anfängen unterrichtsförmiger Bildung in Mesopotamien und Altägypten bis hin ins 21. Jahrhundert beobachten. Als die Kinder von Armen überhaupt in Schulen geschickt worden sind, waren es Volksschulen, die zu niederem Militärdienst oder, später, zu Industriearbeit befähigen sollten. Arm blieben sie dennoch. Bis heute ändern staatliche Bildungssysteme nichts an der Sozialstruktur, im Gegenteil, sie funktionieren recht gut als deren Stabilisatoren. Die sozialstrukturell konservative Wirkung der Bildungssysteme ist einer der Gründe, warum sich jeder einzelne heute existierende Nationalstaat Schulen, Universitäten und Weiterbildungseinrichtungen leistet – ganz unabhängig von seiner politischen oder wirtschaftlichen Verfassung. In etablierten Bildungssystemen sind allenfalls individuelle soziale Aufstiege möglich. Einen kollektiven Aufstieg einer ganzen sozialen Schicht (oder großen Gruppe) mittels institutio-

nalisierte Bildung hat es historisch noch nicht gegeben, mithin wird institutionalisierte Bildung auch kein kollektiver Ausweg aus der Armut sein können.

Wenn soziale Gruppen kollektiv aufgestiegen sind, dann, indem sie sich in sozialen Bewegungen zusammenschlossen, sich mit anderen sozialen Akteur\*innen verbündeten, Sympathisant\*innen in privilegierten Schichten gewannen und sich zunehmend organisierten. Dabei erhielten sie von etablierten Bildungsinstitutionen keine Unterstützung, sondern eher Gegenwind. Deshalb brachten sie – ob Arbeiter\*innenbewegung, Frauenbewegung oder neue soziale Bewegungen – eigenständige Bildungspraktiken und -institutionen sowie eigene Intellektuelle hervor. Mit dieser selbstorganisierten Form von Bildung konnten sie das Wissen, das in den etablierten Bildungsinstitutionen vermittelt wurde, konfrontieren und herausfordern. Zugleich bildeten die selbstorganisierten Bildungsinstitutionen für den Nachwuchs der Bewegungen Sprungbretter für Bildungslaufbahnen in den etablierten staatlichen Bildungsinstitutionen. Mit zunehmendem gesellschaftlichem Erfolg, also im Zuge ihres in sozialen Konflikten erkämpften Aufstiegs, gewannen sie dann auch Einfluss auf den öffentlichen Diskurs über Bildung und auf die staatliche Bildungspolitik und -verwaltung. So bewirkten sie dann Veränderungen staatlich institutionalisierter Bildungsinhalte und -praktiken. Soziale Bewegungen verändern Sozialstrukturen und Bildungssysteme. Sie, nicht etablierte Bildungssysteme, könnten Armut wirkungsvoll bekämpfen.

## **Die neoliberalen Bildungsreformen helfen nicht, Armut abzuschaffen**

Die mit Abstand erfolgreichsten sozialen Bewegungen zwischen 1980 und 2015 waren aber der Neoliberalismus, eine Bewegung der ökonomisch Vermögenden, und die (ehemals) Neuen Sozialen Bewegungen, deren Akteur\*innen in grünen Parteien aufgegangen und heute mehrheitlich in einem wohlhabenden linksliberalen Milieu beheimatet sind. Ihre Auffassungen, also die Auffassungen mehr oder weniger privilegierter Bevölkerungsgruppen, prägen die Dauerreformen der westlichen Bildungssysteme, die öffentlich unter den Schlagworten PISA, Bildungsstandards, Neue Steuerung, Schul- und Universitätsautonomie, Bologna-Prozess und Europäischer Hochschulraum verhandelt werden.

Die Hauptstoßrichtung der Bildungsreformen der vergangenen 25 Jahre war es, mehr Wettbewerb ins Bildungssystem zu bringen, um es nach dem Bild ökonomischer Märkte zu formen. Mehr Wettbewerb würde mehr Qualität erzeugen, besseren Unterricht, eine Pädagogik, die individuell fördernd auf die Kinder eingehen würde, so lautete die Beschwörung. Denn Schulen, die ihr Angebot eher selbstbestimmt, weniger abhängig von staatlichen Vorgaben gestalten könnten – Stichwort Schulautonomie –, um auf dem Markt schulischer Angebote in der Konkurrenz mit anderen Schulen bestehen zu können, würden stärker um Eltern und ihre Kinder werben, ihr Angebot auf deren Bedürfnisse maßschneidern und sich mehr anstrengen, qualitativ hochwertige pädagogische Arbeit zu leisten sowie die Schüler\*innen fit machen für den Arbeitsmarkt.

Doch der wichtigste reale Effekt des verschärften Wettbewerbs, neben verstärkter Imagepflege und Außendarstellung, ist *Segregation*: Die Ungleichheiten und sozialen Distanzen zwischen den einzelnen Schulen (und Universitäten) wachsen, in der Regel mit den steigenden sozioökonomischen Distanzen der Wohngebiete, in denen sie sich befinden. Zudem werden immer mehr Privatschulen gegründet. In ihnen – aber auch etwa in renommierten, meist altehrwürdigen Gymnasien in vermögenden Stadtvierteln – bleiben die Kinder privilegierter Schichten zunehmend unter sich. Privilegierte Schulen ziehen soziale Grenzen durch ihre Gebühren, ihre Angebote, ihre (bei Internaten häufig abgelegene) geografische Lage und durch sozial geschlossene Kommunikation: Die Armen erfahren gar nicht, dass und wo es solche Schulen gibt, die Wege zu steilen Karrieren in Führungspositionen eröffnen. Wo freie Schulwahl herrscht, achten (auch linksliberale) Eltern peinlich darauf, ihre Kinder in ein „geschütztes“ Umfeld leistungsorientierter Gleichgesinnter zu vermitteln, in dem es möglichst wenig Migrant\*innenkinder, möglichst keine potenziellen „schlechten Einflüsse“ durch weniger leistungsfähige Schüler\*innen, geschweige denn Drogen und Gewalt, gibt.

Gleichzeitig bilden sich staatliche „Rest-“ oder „Brennpunktschulen“ in den Wohnvierteln der Armen. Auch deren Kinder bleiben mehr und mehr unter sich. Sie lernen kaum mehr jemanden kennen, der aus der Mittelschicht stammt. Sie können sich nicht deren eher schulangepasste Lernhaltung anschauen und erfahren nicht, wie diese Kinder leben, kommen also nicht auf die Idee, dass dieser Lebensstil ja auch für sie interessant sein könnte. Wo Schulen ihre Stellen selbst ausschreiben „dürfen“, finden die Schulen in armen Vierteln oft kein Personal mehr. Die Kinder der Armen werden in diesen Schulen tendenziell eher in der Armut eingeschlossen, nicht aus ihr befreit.

Wie kommt es dazu? Zum Beispiel so: Überdurchschnittlich häufig schneiden Schulen, die in sozioökonomisch benachteiligten Vierteln mit besonderen Herausforderungen zu kämpfen haben, in PISA und anderen Leistungsvergleichstests schlecht ab. In der Regel reagieren sie darauf mit einer Konzentration auf die getesteten Fächer: Es wird in zunehmend lehrer\*innenzentriertem Unterricht vor allem Deutsch und Mathematik gepaukt. Kreative Fächer, künstlerische, sozialwissenschaftliche und politische Bildung werden zusammengestrichen; interessengeleitetes und individuell begleitetes Lernen ist kaum noch möglich.<sup>1</sup>

Dagegen setzen gerade Privatschulen, die von eher wohlhabenden Familien gegründet und mit hohen Gebühren finanziert werden (aber auch staatliche Gymnasien mit zahlungskräftiger Klientel, die bereit ist, Zusatzangebote zu finanzieren), nachdrücklich darauf, den Schüler\*innen kreative, politische, wirtschaftliche und Persönlichkeitsbildung zukommen zu lassen. Das ist auch bei den esoterisch angehauchten Waldorf- oder Montessori-Schulen kaum anders. Den Armen dagegen fehlen in aller Regel das ökonomische Kapital, die sozialen

---

1 Ich spreche hier von Tendenzen. Unbenommen bleibt, dass zahlreiche Schulen es auch anders machen und die Reformen und / oder die Leistungsvergleichstests als Anlass nehmen, ihren Unterricht in sinnvoller Weise zu verändern.

Netzwerke, das Organisationsvermögen und die psychische Energie, um sich in vergleichbarer Weise zivilgesellschaftlich selbst zu organisieren. Deshalb bleiben sie auf staatlich gewährleistete Bildung für ihre Kinder angewiesen. Die Tendenz zur sogenannten Schulautonomie zum Rückzug staatlicher Bildung und die Umformung selbst öffentlicher Schulen in Richtung unternehmensförmig handelnde Akteure hat deshalb für sie und ihre Kinder negative Effekte.

So vergrößert sich also die Kluft: Der Nachwuchs privilegierter Bevölkerungsgruppen erhält einen unschlagbaren Erziehungs- und Wissensvorsprung. Institutionelle Bildung ist also gerade auch in PISA- und Bologna-Zeiten weder als ein Mittel zur Befreiung von kollektiver Armut gedacht noch als solches wirksam. Denn den Verlierer\*innen des Wettbewerbs soll, der verbreiteten Ideologie nach, gerade ihre Armut ein Ansporn sein, sich mehr anzustrengen, um dadurch wieder im Wettbewerb erfolgreicher zu sein (deshalb werden Arbeitslose ja auch möglichst arm gehalten). Wenn sie sich nicht anstrengen: selbst schuld. Weiterhin wird die individuelle Anstrengung *allein* für Erfolg und Misserfolg verantwortlich gemacht. Ein Bildungssystem, das auf Konkurrenz setzt, betont arme Bevölkerungsgruppen in ihrer kollektiven Lage ein, auch wenn es einzelnen Individuen erlaubt, dieser Lage zu entschlüpfen – aber auch das nur, wenn sie gegenüber Kindern einigermaßen wohlhabender oder gar reicher Familien weit überdurchschnittliche Leistungen erbringen.

## Den Armen hilft Geld, nicht die Messung von Kompetenzen

Kinder armer Eltern gehen notgedrungen mit einem Rückstand in das Rennen um die in der Schule geforderten Leistungen. Denn sie haben qualitativ andere und schwierigere Leistungen zu erbringen als ihre Mittelschichtmitschüler\*innen: Sie müssen habituelle Verhaltensmuster, Denkroutinen und Wertesysteme umbilden, während Mittelschichtkinder sich in der Schule einfach weiter so verhalten können, wie sie es zu Hause und mit ihren Freund\*innen tun.

Aber was geschieht in den nach Leistungs- und Konkurrenzlogiken reformierten Bildungssystemen? Dort wird getestet, gemessen und kontrolliert. Die Leistungsvergleichstests quantifizieren, *wie viel* „Leistung“ eine Schülerin, eine Lehrperson, eine Schule erbracht hat, wobei „Leistung“ rein quantitativ begriffen wird. Gute Leistung im Sinne von Exzellenz bedeutet, mehr Stoff schneller als andere zu verarbeiten – beziehungsweise in standardbasierten Leistungsvergleichstests hoch zu punkten.

Je stärker sich die Schulen darauf konzentrieren, in solchen Leistungsvergleichen gut abzuschneiden, desto eher neigen sie unter anderem dazu, zum einen Schüler\*innen im mittleren Leistungsbereich zu fördern, weil dies mit vertretbarem Aufwand relativ schnell die Testwerte verbessern kann und zum anderen um die Eltern leistungsstarker und an die schulischen Verhaltenserwartungen angepasste Schüler\*innen zu werben, die in Tests stark abschneiden werden – und das sind eher gebildete und relativ wohlhabende Eltern. Diese beiden Ten-

denzen zählen zu den unbeabsichtigten Konsequenzen von Qualitätsmessungen kraft Leistungsvergleichstests.

Für Schüler\*innen, die unter Armutsbedingungen sozialisiert werden, haben diese Tendenzen und der quantitative Leistungsbegriff nachteilige Konsequenzen. Unterschiedliche Sozialisationsbedingungen haben entscheidenden Einfluss darauf, wie schnell und wie viel eine Schüler\*in lernen kann:

Hat diese Schüler\*in Eltern, die durch die Arbeitslosigkeit depressiv geworden sind oder in ihrem Job physisch gesundheitsschädigenden Belastungen ausgesetzt sind, oder hat sie Eltern, die zwar durch ihre privilegierten Jobs ebenfalls hoch beansprucht sind, aber sich Wellness-Urlaube, psychologische Betreuung und die Unterbringung der Kinder in Internate leisten können? Hat sie Eltern, die Nachhilfe bezahlen können oder Eltern, die das nicht können? Eltern, die ihnen Sportverein, Musikinstrument, Tiergarten-, Kino- und Museumsbesuche, Ausflüge und Klassenfahrten problemlos finanzieren und sie dorthin chauffieren können oder solche, die sich jede einzelne solcher Ausgaben vom Munde absparen müssen? Eltern, die ihrem Kind ein eigenes Zimmer mit Ruhe zum Lernen finanzieren können und die wissen, wie sie ihr Kind bei schulischen Aufgaben und Problemen aller Art unterstützen können, oder lernt ihr Kind am Küchentisch, passt auf die kleine Schwester auf und muss mal eben einkaufen gehen und danach den Abwasch und die Wäsche erledigen? Hat diese Schüler\*in Eltern, die armutsinduzierte Konflikte vor und mit ihnen austragen oder solche, die diese Konflikte schlicht nicht haben und deswegen auch nicht ins negative Visier von Behörden geraten? Hat sie vielleicht Eltern, die im Gefängnis sind, in psychiatrischer Behandlung oder deren Beziehungen zerstört sind – die wichtigste Ursache von Schulabbrüchen – oder solche, die ihren Kindern, basierend auf weitreichenden solidarischen Familien- und Berufsnetzwerken, eine selbstbewusste Haltung gegenüber staatlichen und privaten Institutionen vermitteln? Hat diese Schüler\*in Eltern, deren Suchtkrankheit Alkoholismus ist, oder solche, die zwar ohne Kokain die hin und wieder vorkommenden 60-Stunden-Arbeitsblöcke nicht überstehen würden, sich dafür dann aber auch ein paar Tage eine Flugreise entfernt von diesen Belastungen erholen können?

Der Schüler\*in der armen Eltern hilft nicht mehr Bildung, um aus ihrer bedrängenden und beschränkenden Situation herauszukommen. Erst recht hilft es nicht, ihre „Leistungen“ ständig zu messen. Helfen würde ihr mehr Geld: um sich gesundheitliche, psychische, schulische Leistungen und „anregungsreiche Umgebungen“ kaufen zu können, außerdem die Freiheit von einem Ausmaß an Scham und Angst, das sich arrivierte Mittelstandsbürger\*innen aus Politik und Parlament, Vorstandsetagen und Wirtschaftsverbänden einfach nicht vorstellen können. „Bildung, das vergessen viele oft, kann man nicht essen: „Ein Kind, dem weniger als vier Euro am Tag für seine Ernährung zur Verfügung stehen, wird aller Wahrscheinlichkeit später nicht Professor für Astrophysik.“ (Mayr 2020: 108, 172) Bildung – auch eine, die nicht als „Kompetenzerwerb“ definiert und gemessen wird – ist nicht der Ausweg aus kollektiver Armut. Der Ausweg kann nur eine gerechte gesellschaftliche Umverteilung sein.

## Verwertung von Humankapital für ökonomische Konkurrenz statt Abbau sozialer Ungleichheit

Aber ist es nicht gerade die OECD – PISA-Initiatorin und -Betreiberin und Motor der wirtschaftspolitisch motivierten, neoliberalen Bildungsreformen –, die den deutschsprachigen Ländern regelmäßig vorrechnet, dass sie in Sachen sozialherkunftsbewingter Ungleichheit immer noch weit hinter dem Durchschnitt der Mitgliedsländer hinterherhinken? Hat nicht PISA das Problem der Bildungsungleichheit erst wieder ins öffentliche Bewusstsein gehoben? Drängt die Öffentlichkeit nicht auf Chancengleichheit? Das mag so sein. Aber der Grund, warum die OECD Bildungsungleichheit beklagt, ist nicht Menschenfreundlichkeit und schon gar nicht die Abschaffung der Armut. Die Kritik ist vielmehr abgeleitet aus dem mit Abstand wichtigsten Ziel der OECD (und mit ihr der EU-Kommission und praktisch aller westlichen Regierungen, unabhängig von ihrer politischen Farbe), nämlich der Steigerung des wirtschaftlichen Wachstums beziehungsweise der „Wettbewerbsfähigkeit“ westlicher Länder im globalen Wirtschaftsraum.

Es geht darum, Kompetenzen der Menschen zu entwickeln und zu nutzen, die sie für den ökonomischen Prozess verwertbar machen und die damit den Unternehmen, den Held\*innen und Vorreiter\*innen im globalen ökonomischen und technologischen Wettbewerb, helfen. Hat jemand „Talente“ oder Fähigkeiten, Wissen oder Können, das unentdeckt bleibt und damit nicht zur wirtschaftlichen Produktivitätssteigerung beiträgt, dann gilt das als Verschwendung von Humankapital. Ob Migrant\*in oder nicht, Frau oder Mann, schwarz oder weiß – in allen künftigen Arbeitskräften könnten potenziell ökonomisch verwertbare Talente schlummern, und genau diese Schätze sollen die Schulen heben helfen. Was die Menschen selbst wollen oder brauchen, ist nur dann nicht gleichgültig, wenn diese den Unternehmen etwas zu bieten haben, was jene in ihrem Wettbewerb zu brauchen meinen. An der strukturellen Ungleichheit wird nicht gerührt: Das widerspricht auch den Interessen der Klientel der OECD, die ja eben keineswegs aus Armen besteht. Die Rede der OECD von Chancengleichheit ignoriert die grundsätzlich unterschiedlichen gesellschaftlichen Voraussetzungen der Kinder, überhaupt Leistung im Bildungssystem zeigen zu können.

## Ökonomische Verhältnisse und Arbeitsmarktlage versus Bildung

Die gegenwärtige Bildungsexpansion, die sich an der europaweiten Zunahme der Anzahl der Maturant\*innen und Studierenden ablesen lässt (in Deutschland erlangen z.B. inzwischen rund 40% eines Jahrgangs die Hochschulreife, auch die Studierendenzahlen wachsen immer weiter, Österreich hat hier allerdings in den letzten Jahren stagniert), beruht auf einer bildungspolitischen Strategie der OECD-Mitgliedsländer. Sie zielt aus zwei Gründen darauf ab, die Bevölkerung grundsätzlich höher zu bilden: Erstens werde die Ressource Wissen für Wirtschaft und Arbeit immer wichtiger, da sich aus diesem Wissen technologische

und ökonomische Innovationen speisen, die in rohstoffarmen Industrie-4.0-Nationen letztlich Quelle der internationalen Wettbewerbsfähigkeit und damit des gesellschaftlichen Wohlstandes seien (Theorie der Wissensgesellschaft und der *knowledge based economy*). Zweitens seien formal höher gebildete Arbeitskräfte ökonomisch produktiver; steige der durchschnittliche Bildungsgrad der Bevölkerung, so würde das nahezu unmittelbar eine Steigerung des Wirtschaftswachstums nach sich ziehen (Humankapitaltheorie).

Können die Kinder der Armen von dieser Bildungsexpansion profitieren? Wiederum gilt: einzelne vielleicht, aber nicht alle. Dafür gibt es mehrere Gründe. Der erste besteht im so genannten „Fahrstuhleffekt“ (Ulrich Beck), der auch schon während der Bildungsexpansion der späten 1960er- und der 1970er-Jahre zu beobachten war: Zwar erhalten alle mehr Bildung, aber die sozioökonomischen Abstände zwischen den Schichten bleiben stabil.

Denn was wäre, wenn plötzlich alle Kinder armer und benachteiligter Eltern in der Schule *erfolgreich* wären? So erfolgreich, dass sie im Schnitt die gleichen guten Noten wie ihre Mittelschichts-Schulkamerad\*innen erhielten? Nun, sie würden auf einen unverändert hierarchisch strukturierten Arbeitsmarkt drängen, mit relativ wenigen Spitzen- und Führungspositionen, dafür aber relativ vielen mittleren und unteren Positionen. Der Niedriglohnsektor und der strukturelle Arbeitslosigkeitssockel blieben bestehen. Die gesellschaftlich notwendige Arbeit würde weiterhin von Pfleger\*innen, Reinigungskräften, Hotelfachangestellten, Kassierer\*innen, Polizist\*innen, Erzieher\*innen, Versandhandelsangestellten, Kurier\*innen, Müllmännern/-frauen usw. geleistet werden müssen, und selbst in Corona-Zeiten deutet bislang nichts darauf hin, dass diese chronisch unterprivilegierten Berufe gesellschaftlich aufgewertet würden. Es ergibt sich der Theater-Effekt: Wenn einige von ihren Sitzen aufstehen, um besser sehen zu können, zwingen sie die anderen, ebenfalls aufzustehen. Am Ende stehen alle. Niemand sieht besser als vorher, aber es ist für alle unbequemer.

Genau diese Tendenz ist heute zu beobachten: Formal immer höher qualifizierte Beschäftigte treffen auf einen Arbeitsmarkt, der sich zwar qualitativ verändert, aber weiterhin strikt hierarchisch strukturiert ist. Es ergibt sich die Inflation (Abwertung) der Bildungstitel: Nun benötigen die Leute Matura für Jobs, für die früher eine mittlere Reife oder ein Hochschulabschluss reichte, und einen Master oder ein Diplom, wo früher Matura genügte. Sie müssen sich also *mehr* formale Bildung aneignen, um Jobs *derselben* Qualität zu erhalten. Und so lässt sich beobachten, dass die Generation der heute jungen Erwachsenen formal zwar durchschnittlich sehr viel höher gebildet ist als ihre Eltern, aber vielfach über gleich hohes oder geringeres Einkommen verfügt sowie über geringere und vor allem weit weniger sichere Renten.<sup>2</sup>

---

2 Für *Unternehmen* hat das positive Effekte: Sie erhalten Beschäftigte auf immer höherem formalem Qualifikations- oder Kompetenzniveau, denen sie aber *trotz* höherer Qualifikation geringere Löhne als früher zahlen können, da der allgemeine Wettbewerb um höhere Bildung ja ein Überangebot von hoch- bzw. höher qualifizierter Arbeitskräfte erzeugt hat.

Hinzu kommt, dass die privilegierten Schichten nicht einfach die Hände in den Schoß legen, wenn breiten Bevölkerungsschichten Zugang zu formal höherer Bildung gewährt wird, die bislang exklusiv jenen Privilegierten vorbehalten. Diese können nicht daran interessiert sein, einen eventuellen sozialen Aufstieg bislang benachteiligter Gruppen mit dem Abstieg der eigenen Kinder zu bezahlen. Sofern das gesellschaftliche Vermögen bzw. Gesamt-Einkommen nicht oder kaum wächst, reagieren die privilegierten Schichten damit, neue, informelle Bildungsgrenzen einzuziehen. Es reicht dann nicht mehr, Matura zu haben, sondern es sollte schon Matura an einer renommierten und leistungsstarken Schule sein; man ist auch bereit, für Qualität zu zahlen usw. (siehe oben).<sup>3</sup> Institutionalisierte höhere Bildung, ob staatlich oder privat, bleibt unter den gegebenen Bedingungen ein Werkzeug privilegierter gesellschaftlicher Gruppen, ihre Privilegien und damit ihren Status zu sichern und vor dem Zugriff aufstrebender Gruppen abzuschotten.

## Das Abwesende

Bildung ist kein Ausweg aus kollektiver Armut. Die Bildungssysteme reproduzieren die Ungleichheit gesellschaftlicher Schichten und die Berufshierarchien. Daran haben die neoliberalen Bildungsreformen nicht nur nichts verändert – im Gegenteil, sie verstärken diese Tendenz (ohne für sie hauptverantwortlich zu sein). Nötig ist eine soziale Bewegung. Die Armen allein können aus Mangel an Macht, Wissen und Organisationsvermögen keine Erfolg versprechende soziale Bewegung bilden. Aus dem Bildungssystem heraus kann eine solche Bewegung auch nicht kommen: Wer würde die Erzieher\*innen erziehen, wer vermittelte es den Lehrpersonen? Der vorherrschende Mainstream der Bildungswissenschaft sicher nicht – er steht ja hinter den neoliberalen Reformen.

Nötig wäre also eine wirkliche gesellschaftliche Bewegung: Die Armen sowie kritische Massen einer neu zu definierenden Arbeiter\*innenschicht und der akademischen und intellektuellen Mittelschichten müssten sich solidarisieren und ein gemeinsames Interesse an einem menschenwürdigen und nicht-konkurrenzgetriebenen Leben artikulieren. Sie müssten gemeinsam eine Verringerung der extrem ungleichen Verteilung des gesellschaftlichen Vermögens, Bedürfnisse zu befriedigen und Wünsche zu erfüllen, fordern, außerdem die Möglichkeit aller, sich zu artikulieren und gesellschaftlich zu partizipieren. Keine Personen-Gruppe darf mehr verarmen, beschämt und aus praktisch allen wesentlichen gesellschaftlichen Prozessen exkludiert werden. Es braucht wirklich keinen Hochschulabschluss, um zu sehen: Davon sind wir weit entfernt.

---

3 Diese neuen Bildungsanforderungen bzw. -grenzen werden im Übrigen eher informell kommuniziert. Armen Eltern ist deshalb in aller Regel nur wenig bekannt, welche Schulen, Zusatzqualifikationen usw. „angesagt“ sind. Denn sie befinden sich eben nicht in jenen sozialen Kreisen, in denen dies kommuniziert wird.

**Roman Langer** ist sozialwissenschaftlicher Bildungsforscher. Er lehrt und forscht an der School of Education der Johannes-Kepler-Universität Linz mit den Schwerpunkten Bildungssystem und Gesellschaft, Bildungsungleichheit und Bildungsreformen.

### **Mögliche Quellenangabe**

Langer, Roman (2020): Individuelle Bildung kann kein Ausweg aus kollektiver Armut sein. Eine Erinnerung. In: Die Armutskonferenz et al. (Hrsg.): Stimmen gegen Armut. BoD-Verlag, S. 167–175.

[www.armutskonferenz.at/files/langer\\_individuelle-bildung-kein-ausweg\\_2020.pdf](http://www.armutskonferenz.at/files/langer_individuelle-bildung-kein-ausweg_2020.pdf)

### **Literaturempfehlungen zum Zusammenhang zwischen Bildung und Armut, geschrieben von Leuten, die aus Armutsverhältnissen stammen**

Baron, Christian (2016): Proleten, Pöbel, Parasiten. Berlin: Das Neue Berlin.

Eribon, Didier (2016): Rückkehr nach Reims. Berlin: Suhrkamp.

Mayr, Anna (2020): Die Elenden. Berlin: Hanser.

McGarvey, Darren (2019): Armuts-Safari. München: Luchterhand (Random House).

Der Artikel entstammt dem Buch

# STIMMEN GEGEN ARMUT

Weil soziale Ungleichheit und Ausgrenzung  
die Demokratie gefährden



  
DIE ARMUTSKONFERENZ.

Herausgegeben von  
Die Armutskonferenz, Margit Appel, Verena Fabris,  
Alban Knecht, Michaela Moser, Robert Rybaczek-Schwarz,  
Martin Schenk, Stefanie Stadlober

BoD-Verlag

# Inhaltsverzeichnis

Editorial

**Stimmen gegen Armut – Stimmen für mehr Demokratie und Mitbestimmung** 9

Margit Appel, Verena Fabris, Alban Knecht, Michaela Moser,  
Robert Rybaczek-Schwarz, Martin Schenk, Stefanie Stadlober

## EIN-STIMMUNG

**Armut als Störfaktor** 19

*Über die Entwertung von Betroffenen*

Laura Wiesböck

**Soziale Ausschließung und die Grenzen der repräsentativen Demokratie** 27

*Die Perspektive from below*

Ellen Bareis

**Grenzen der Demokratie – Teilhabe als Verteilungsproblem** 41

*Ein Gespräch zum Buch*

Stephan Lessenich im Gespräch mit Margit Appel

**Refeudalisierung als Gefahr für die Demokratie** 55

*Der Zusammenhang von steigender Ungleichheit und sinkendem Vertrauen  
in demokratische Institutionen*

Jakob Kapeller

**Postdemokratie** 71

*Wie Ungleichheit und Armut die Demokratie gefährden*

Colin Crouch

**Ökonomische Ungleichheit zerstört die Demokratie** 83

*Wenn Armutsbetroffene nicht zu Wahlen gehen und ihre Anliegen  
kein Gehör finden*

Martina Zandonella

## STIMMEN FÜR SOLIDARITÄT UND SOZIALE SICHERUNG

### **Solidaritätsvorstellungen, soziale Ungleichheit und Sozialstaat** 97

*Über das unterschiedliche Verständnis von Solidarität in unserer Gesellschaft*

Carina Altreiter, Jörg Flecker, Ulrike Papouschek

### **Anerkennung von Unsicherheit als Normalzustand** 107

*Implikationen für eine radikalisierte Sozialpolitik*

Arno Pilgram

### **Partizipation statt Teilhabe in Einrichtungen der neuen Mitleidsökonomie** 115

Hannah-Maria Eberle

## STIMMEN FÜR DEMOKRATIE IN DER ARBEITSWELT

### **Psychologische Auswirkungen von demokratischen Praktiken in Organisationen** 131

*Stimmen für Demokratie in der Arbeitswelt*

Christine Unterrainer

Kommentar

### **Über strukturelle Erniedrigung und die Furcht vor Mitbestimmung** 141

*Demokratie in der Erwerbsarbeit und -arbeitslosigkeit*

Wolfgang wodt Schmidt

### **Das Genossenschaftsprojekt OTELO** 145

*Eine Genossenschaft für kooperatives Wirtschaften*

Martin Hollinetz

### **Das Grundeinkommens-Projekt *Sinnvoll Tätig Sein* im niederösterreichischen Heidenreichstein** 149

*Reinkommen statt ‚draußen sein‘*

Karl Immervoll

### **Digitalisierung inklusiv gestalten** 153

*Chancen und Risiken für Teilhabe im digitalen Zeitalter*

Schifteh Hashemi und Clara Moder

Kommentar	
<b>Wenn Algorithmen für uns entscheiden</b>	<b>163</b>
Erich Tomandl	

## **STIMMEN GEGEN AUSGRENZUNG IN DER SCHULE**

<b>Individuelle Bildung kann kein Ausweg aus kollektiver Armut sein</b>	<b>167</b>
<i>Eine Erinnerung</i>	
Roman Langer	

<b>„... da müsst ihr ja ganz viel zuhören!“</b>	<b>177</b>
<i>Transkulturelle Elternarbeit an Wiener Volksschulen</i>	
Lydia Linke	

## **STIMMEN FÜR EINE GERECHTE STADT**

<b>Gentrifizierung im öffentlichen Raum</b>	<b>183</b>
<i>Aufwertung und Verdrängung als Prozesse urbaner Ungleichheit</i>	
Mara Verlič	

<b>Kollektives Füreinander-Sorge-Tragen – die spanische Bewegung gegen Zwangsräumungen</b>	<b>193</b>
<i>Von Scham, Isolation und Ohnmacht zu politischer Selbstorganisation</i>	
Nikolai Huke	

Kommentar	
<b>Proteststimmen von unten</b>	<b>203</b>
<i>Ein persönlicher Zugang zu Protest als Antwort auf den Turbokapitalismus</i>	
Anna Schiff	

## **LAUTER STIMMEN FÜR ALLE!**

<b>Exklusive Demokratie</b>	<b>207</b>
<i>Vom Wahlrechtsausschluss fremder Staatsangehöriger</i>	
Antonia Wagner	

**Wahlrecht für alle, die hier leben! 213**

*Die Pass-Egal-Wahl und die wachsende Demokratiekluft in Österreich*

Magdalena Stern

**STIMMEN FÜR MITBESTIMMUNG**

**Politik und Zufall 219**

*Wie es durch Bürger\*innenräte gelingt, Menschen zu aktivieren*

Michael Lederer

**Stimme(n) erheben 225**

*Legislatives Theater als Beitrag zur partizipativen Demokratie*

Michael Wrentschur und Silvia Phönix Gangl

**Mit Partizipation der Beschämung von Armutsbetroffenen entgegenwirken 231**

Alban Knecht

**Gesetzeswerkstatt zum Sozialhilfegesetz 237**

*Das Sozialhilfegesetz mit Betroffenen und Expert\*innen neu formulieren*

Marianne Schulze

**Nutzer\*innen-Partizipation in sozialen Organisationen 241**

*Status Quo, Defizite, Perspektiven*

Michaela Moser

**STIMMEN GEGEN ARMUT!**

**Forderungen der 12. Armutskonferenz und Folgen der Corona-Krise 247**

Verena Fabris und Martin Schenk

**DIE ARMUTSKONFERENZ. 257**

*Es ist genug für alle da!*

*Armut bekämpfen. Armut vermeiden.*

**Die 12. Österreichische Armutskonferenz und  
diese Publikation wurden gefördert von**



 Bundesministerium  
Arbeit, Familie und Jugend

 Bundesministerium  
Soziales, Gesundheit, Pflege  
und Konsumentenschutz

 Bundeskanzleramt  
Bundesministerin für Frauen,  
Familien und Jugend



**SCHLECHT  
BEZAHLTE  
ARBEIT IST  
WORK OHNE LIFE  
UND BALANCE.**

Machen wir uns stark für einen Sozialstaat,  
der uns vor Ausbeutung schützt.

**WIR - GEMEINSAM. AT**

Eine Initiative der ARMUTSKONFERENZ.

# volkshilfe.

SPENDE  
JETZT!

## KINDERARMUT ABSCHAFFEN.AT

**Spendenkonto:**

IBAN AT77 6000 0000 0174 0400 | Verwendungszweck: Kinderarmut

**Online spenden unter:**

[www.kinderarmut-abschaffen.at](http://www.kinderarmut-abschaffen.at) | [spenden@volkshilfe.at](mailto:spenden@volkshilfe.at)



[www.diakonie.at](http://www.diakonie.at)

Jetzt spenden: AT07 2011 1800 8048 8500



# Diakonie



## Hoffnung braucht ein Ja.

Durch die Frühförderung der Diakonie hat Lili ihre Liebe zu Büchern und Musik entdeckt.

**Lili, Hoffnungsträgerin,  
von uns begleitet seit 2008**